§ 11

(1) Die Stimmabgabe erfolgt mit dem amtlich herausgegebenen Abstimmungsschein.

(2) Auf nicht amtlichen Abstimmungsscheinen abgegebene Stimmen sind ungültig.

(3) Über die Gültigkeit der Abstimmungsscheine entscheidet der Abstimmungsvorstand mit Stimmenmehrheit.

§ 12

U) Die Abstimmungsausschüsse stellen das Abstimmungsergebnis für ihr Gebiet fest.

(2) Der Abstimmungsleiter der Republik veröffentlicht das Gesamtabstimmungsergebnis.

(3) Die Abstimmungsausschüsse der Stadt- und Landkreise, der Stadtbezirke, Städte und Gemeinden entscheiden über Einsprüche der Abstimmungsberechtigten.

§ 13

Der Minister des Innern erläßt Durchführungsbestimmungen für die Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung.

§ 14

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft,

Berlin, den 28. Mai 1954

**Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Ministerpräsident Ministerium des Innern

Rau	Stoph
Stellvertreter	Minister
des Ministerpräsidenten	

**Durchführungsbestimmung
zur Verordnung zur Durchführung der Volksbefragung für einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder für EVG, Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre.**

Vom 29. Mai 1954

Auf Grund des § 13 der Verordnung vom 28. Mai 1954 zur Durchführung der Volksbefragung

für einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen

oder

für EVG, Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre

(GBl. S. 505) wird folgende Durchführungsbestimmung erlassen:

I. Abstimmungsausschüsse

1. Die Abstimmungsausschüsse sind bis 3. Juni 1954 zu bilden.

2. Der Abstimmungsleiter setzt Ort und Zeit der Sitzungen der Abstimmungsausschüsse fest. Über die Sitzungen ist eine Niederschrift zu fertigen.

II. Abstimmungsbezirke und Abstimmungslokale

3. Die Abstimmungsbezirke sind durch die zuständigen Abstimmungsleiter bis 2. Juni 1954 abzugrenzen. Die Bekanntmachung der Abstimmungsbezirke, der Abstimmungslokale und des Zeitpunktes der Abstimmung hat durch die Abstimmungsleiter ab 11. Juni 1954 zu erfolgen.

Die Bekanntmachung hat durch Plakate nach dem Muster der Anlage 1 zu erfolgen.

4. Die Festlegung der Abstimmungslokale ist durch die Abstimmungsleiter vorzunehmen. Die Ausgestaltung hat der Bedeutung der Abstimmung entsprechend zu erfolgen. Hierfür sind weitgehend die Abstimmungsvorstände heranzuziehen.

Die Abstimmungslokale sind spätestens ab 18. Juni 1954 nach außen hin deutlich kenntlich zu machen. Gegebenenfalls sind notwendige Hinweisschilder an Straßenkreuzungen usw. anzubringen.

5. Auf größeren Bahnhöfen sind Abstimmungslokale einzurichten und gut kenntlich zu machen. Hinweisschilder sind so anzubringen, daß sie für alle Reisenden gut sichtbar sind. Die in Frage kommenden Bahnhöfe sind durch die Abstimmungsleiter der Bezirke festzulegen.

III. Abstimmungslisten

6. Die Abstimmungslisten sind bis zum 10. Juni 1954 in dreifacher Ausfertigung aufzustellen (Anlage 2).v Für die Aufstellung der Abstimmungslisten sind die Abstimmungsleiter der Stadtbezirke, der Städte und Gemeinden verantwortlich.

7. Die Abstimmungsliste umfaßt jeweils einen Abstimmungsbezirk. Die Aufstellung der Listen ist so zu regeln, daß die Straßen, Wege und Plätze nach alphabetischer Reihenfolge ihrer Anfangsbuchstaben oder nach der Reihenfolge ihrer Nummern eingetragen werden. Innerhalb der Straßen oder Ortsbezirke sind die Häuser nach der Reihenfolge ihrer Numerierung und innerhalb jedes Hauses die Abstimmungsberechtigten in alphabetischer Reihenfolge einzutragen.

Sofern eine Straße durch mehrere Abstimmungsbezirke läuft, sind die Häuser zu dem Abstimmungslokal einzuteilen, in dessen Abgrenzung sie gelegen sind.

8. Die Abstimmungsberechtigung des Eirtzutragenden ist zu prüfen.

9. Vor der Auslegung der Abstimmungslisten ist ortsüblich bekanntzumachen, wo, wie lange und zu welchen Tageszeiten die Abstimmungslisten zur allgemeinen Einsicht ausgelegt werden und innerhalb welcher Zeit Einspruch gegen Unrichtigkeiten in den Abstimmungslisten erhoben werden kann.